

«Manchmal werden Dinge, die man nicht will, eben doch notwendig»

Interview Ein für den Regierungschef in mehrerlei Hinsicht spezielles Jahr neigt sich dem Ende zu. Daniel Risch über zehrende Pandemiopolitik, Startschwierigkeiten der neuen Regierung, Überlegungen zur Corona-Impfpflicht und warum er heute gelassener ist als früher.

VON DAVID SELE

«Volksblatt»: Herr Risch, erstmals können Sie als Regierungschef auf ein Jahr zurückblicken. Was haben Sie in diesem Jahr gelernt?

Daniel Risch: Ich kam ja nicht neu in die Regierung. Daher bin ich auf viel Vertrautes gestossen. Ich kannte die Prozesse bereits und als Regierungschef-Stellvertreter hatte ich auch bereits Regierungssitzungen geleitet. Und doch bin ich auch viel Neuem begegnet. In der Funktion des Regierungschefs hat man unbestritten mehr Verantwortung. Auch dafür, dass die Regierung als Gremium funktioniert. Man lernt also auch hier von Tag zu Tag dazu. Persönlich habe ich erfahren, dass ich jetzt noch mehr im Fokus stehe – und das bei jeder Kritik, ob positiv oder negativ. Man ist einfach stärker exponiert.

«Wir werden wieder zueinander finden.»

die Wirtschaft herunterfahren. Das waren enorm schwierige und einschneidende Schritte. Aber so hart das war, alle sassen im gleichen Boot. Die Entscheide, die wir nun fällen mussten, sind deshalb nochmals härter. Man weiss, dass gewisse Bevölkerungsgruppen, die auch dazugehören, ausgeschlossen werden. Das ist schmerzhaft. Ich wehre mich aber gegen den Eindruck, dass irgendjemand bestraft wird. Wir haben mehrfach gesagt, dass wir das Gesundheitswesen, die Wirtschaft und die Schulen schützen wollen – und natürlich die Gesellschaft als Ganzes. Um das Gesundheitswesen zu schützen, müssen wir dort eingreifen, wo die meisten Infektionen stattfinden. Und das geschieht im Moment einfach leider bei jenen, die nicht immunisiert sind. Das hat nichts mit bestrafen oder belohnen zu tun. Es liegt nicht an der Regierung, zu richten. Wir müssen unser Land als Ganzes durch die Krise bringen.

Noch nie gab es in Liechtenstein so viel offenen Protest. Die Demonstranten sind der Meinung, dass ihre Anliegen von der Regierung nicht gehört werden. Welches Gewicht haben die Proteste aus Ihrer Sicht? Eine Demonstration ist ein geeignetes Mittel, die Unzufriedenheit auszudrücken. Wie bei manch anderen Themen ist auch bei Corona festzustellen, dass dabei oftmals die Situation und Entscheide in anderen Ländern mit jenen in Liechtenstein vermischt werden. Wir verfolgten bisher immer eine deutlich liberalere Coronapolitik als beispielsweise Österreich. Und doch haben wir jede einzelne Coronamassnahme erlassen, weil wir diese zum gegebenen Zeitpunkt als absolut notwendig erachtet haben. Und nicht, weil wir gerade Lust darauf hatten. Es ist aber keineswegs so, dass die Proteste ungehört bleiben. Wir haben immer gesagt, dass wir bereit zum Gespräch sind – solche Gespräche werden mit verschiedenen Personen auch immer wieder geführt. Für den geforderten «Dialog» ist eine Demonstration jedoch der falsche Ort.

Konnten Sie aus einer der Kundgebungen auf dem Peter-Kaiser-Platz jemals etwas Konstruktives für Ihre Arbeit ziehen? Gerade zu Beginn waren die dort geäußerten Meinungen ja noch vielfältiger. Sehr unterschiedliche Inhalte haben stattgefunden, und da wurde sicher vieles auch wahrgenommen. Mit der Zeit waren es jedoch oft die gleichen Botschaften der gleichen Leute. Ich habe mir aber auch viele Studien angesehen, die uns zugeschickt wurden. Doch es gibt eben nicht die eine Studie, die alles verändert. Es ist ein Gesamtbild, und daran müssen wir uns orientieren, auch wenn es nicht unseren Wünschen entspricht.»

Zum Amtsantritt im März haben Sie das «Team Liechtenstein» beschworen. Neun Monate später ist nur noch die Rede von der vermeintlichen Spaltung der Bevölkerung. Ich bedauere diese Wahrnehmung, wobei ich es teilweise auch so sehe. Aber in der Gesamtbetrachtung glaube ich, ist es nicht so schlimm wie manchmal dargestellt. Wir werden wieder zueinander finden. Gespalten sind insbesondere die Meinungen über die Coronamassnahmen, die Impfung und alternative Auswege aus der Pandemie. Als ich vor einem Jahr und auch im Wahlkampf vom Team Liechtenstein sprach, war das nicht nur auf Corona bezogen. Es gibt Leute in unserem Land, die das Gefühl haben, nicht dazugehören oder abgehängt zu sein. Mir ist es wichtig, dass wir wieder viel mehr ein gemeinsames Verständnis unseres Landes haben – dass wir Liechtenstein gemeinsam weiterentwickeln wollen. Aktuell befinden wir uns in einer Pandemie, die für alle schon viel zu lange dauert. Und wir haben einen Punkt erreicht, an dem die Nerven teilweise blank liegen. Der Ton hat sich verschärft. Das ist bedauerlich, aber ich glaube, das lässt sich in solchen Situationen kaum vermeiden. Dabei ist es aus meiner Sicht auch nicht so, dass das eine Lager glücklich ist und das andere nicht. Es ist für alle belastend. Wir sind alle gefordert. Aber ich denke, das ist eine Momentaufnahme. Ich bin überzeugt, dass der Zusammenhalt nicht nachhaltig geschädigt ist, wie es manche zurzeit vielleicht befürchten.

Mit den derzeitigen Massnahmen wird aber sehr wohl eine Seite bevorzugt. Zwar wird vielen sehr vieles ermöglicht. Bestraft werden aber die, die nicht geimpft sind. Für sie wird es immer enger. War die Einführung der 2G-Regel der härteste Entscheid, den Sie in der Pandemie zu treffen hatten? In der vergangenen Legislatur mussten wir die Schulen schliessen und

sen wir uns orientieren, auch wenn es nicht unseren Wünschen entspricht.

Kürzlich wurde bekannt, dass in Vorarlberg führende Politiker und auch deren Familien wegen der Coronapolitik bedroht wurden. Spüren Sie auch eine Aggression gegen Ihre Person? Als Politiker ist man immer Kritik und zuweilen auch Drohungen ausgesetzt. Insbesondere dann, wenn man Entscheidungen treffen muss, die die Bevölkerung unmittelbar betreffen, kochen die Emotionen hoch, und das wird auch geäußert. Es ist etwas, mit dem man versucht umzugehen, ohne es in der Öffentlichkeit breitzutreten.

Dann würden Sie nicht sagen, dass die Drohungen zugenommen haben? Doch.

Ich habe es anfangs bereits ange-tönt, es war ein besonderes Jahr für Sie: Sie sind Regierungschef geworden. Ich habe das Gefühl, das hat Ihnen gutgetan. Sie wirken entspannter als früher. Liegt das daran, dass Sie nun einfach schon länger in der Politik sind? Oder bringt das auch der Ressortwechsel mit sich? Als Regierungschef sind Sie ja nicht unbedingt für die emotional politisierten Themen zuständig.

Ich glaube, es ist beides. Als ich 2017 in die Regierung gewählt wurde, war dies mein erstes politisches Amt. Seither habe ich viel dazugelernt, gerade auch was die Meinungsbildungsprozesse in den Parteien und im Parlament betrifft. Dabei habe ich auch Lehrgeld bezahlt. So habe ich Themen vor den Landtag und das Stimmvolk gebracht, von denen ich zwar überzeugt war, aber auch wusste, dass es schwierig wird. Man denke an die S-Bahn oder die Tour de Ski. Vielleicht bin ich dabei auch mal etwas zu sehr vorgeprescht. Mit der Zeit bin ich sicher etwas gelassener geworden. Selbstverständlich ist es aber auch das Ministerium für Präsidiales und Finanzen als solches, das per se eher Themen bearbeitet, die in der öffentlichen Wahrnehmung weniger emotional sind. Ganz anders der Infrastrukturbereich, wo wirklich jeder glaubt zu wissen, wie es geht. Oder das Wirtschaftsministerium, dem viele staatsnahe Betriebe angegliedert sind. Dort hat immer ein Unternehmen ein Thema, das gerade die Öffentlichkeit bewegt. Hingegen sind Finanzplatzthemen zwar oft enorm wichtig, aber sie werden einfach nicht in der Breite debattiert. Und auch die Bereiche wie die Digitalisierung, Statistik, der EWR oder die Organisations- und Personalthemen des Landes sind für unseren Staat zwar wichtig, betreffen uns als Einwohnerinnen und Einwohner aber nicht tagtäglich.

Mir ist aufgefallen, dass Sie dafür vermehrt im Landtag präsent sind,



Oben: Regierungschef Daniel Risch im Gespräch mit «Volksblatt»-Redaktor David Sele. Unten: Massnahmengegner protestieren in Vaduz, Daniel Risch neben Sabine Monauni im Landtag, Erbprinz Alois vereidigt Daniel Risch als Regierungschef. (Fotos: Michael Zanghellini, iKR)



auch wenn ein Traktandum behandelt wird, das eigentlich nicht Ihr Ministerium betrifft.

Ja, das ist ein bewusster Entscheid. Ich versuche, gerade bei ersten Lesungen oder bei Grundsatzdiskussionen so oft wie möglich anwesend zu sein. Und vielfach gibt es bei Gesetzesvorlagen ja

doch auch noch einen Bezug zu meinem Ministerium – insbesondere zu den Finanzen, da kann man schon einmal Input geben oder Fragen beantworten. Es ist aber auch mein Verständnis, dass wir in der Regierung als Team zusammenarbeiten und ich als Regierungschef hinter den Regierungsmitgliedern und ihrer Arbeit stehe. Wenn ein Bericht und Antrag von der Regierung an den Landtag geht, haben wir diesen ja in der Regierung gemeinsam besprochen und auch verabschiedet. Sollte der Landtag einmal nicht zufrieden mit einer Regierungsvorlage sein, übernehmen wir dann auch gemeinsam Verantwortung.

Bereits als im März die neue Regierung vereidigt wurde, sagten Sie, «das wird eine gute Zusammenarbeit». Ich muss sagen, diesen Eindruck hatte ich seit Sommer immer weniger. Im Gegensatz zu Ihnen als Person nehme ich die Gesamtregierung angespannter wahr als die vor-

herige. Und man hat das Gefühl, es kriselt auch intern.

Der frühere deutsche Bundesminister Thomas de Maizière schreibt im Buch «Die Kunst guten Führens», dass man eine neue Regierung nicht eins zu eins mit der abtretenden Vorgängerregierung vergleichen könne. Ich glaube, da spricht er einen wichtigen Punkt an. Denn auch in den Anfängen der alten Regierung gab es durchaus die eine oder andere Startschwierigkeit und auch Konflikte, die dann nach aussen getreten sind. Als Anfang 2020 die Pandemie losging, hatten wir aber bereits drei Jahre zusammengearbeitet. Auch deshalb ist es uns damals gelungen, in der Krise sehr rasch geschlossen aufzutreten. Das war unheimlich wichtig. Jetzt hingegen sind wir als neues Team mitten in der Krise

gestartet. Da muss man sich zunächst finden. Ich glaube aber, das ist uns auch in einem wirklich herausfordernden Umfeld gut gelungen. Jede und jeder kennt seine Aufgabe und gibt sein Bestes.

Was in den letzten Monaten fehlte, ist die Geradlinigkeit in der Kommunikation. Zum Teil wurden Entscheide angekündigt, dann aber doch nicht oder ganz anders umgesetzt. Die Kostenpflicht für Coronatests, die Altersgrenze für die Zertifikatspflicht oder die Schliessung der Teststrasse, um ein paar Beispiele zu nennen.

«Auch in den Anfängen der alten Regierung gab es durchaus die eine oder andere Startschwierigkeit.»

«Es ist ein Gesamtbild, und daran müssen wir uns orientieren, auch wenn es nicht unseren Wünschen entspricht.»



Als wir als neue Regierung Ende März die Arbeit aufgenommen haben, ging es darum die Massnahmen zu lockern, weil sich die Situation zunehmend verbesserte. Und im Frühsommer gab es eine Phase, in der wir gehofft haben, das Schlimmste sei überstanden. Dem war aber nicht so. Dass im Sommer bzw. Herbst der Modus geändert werden und neue Massnahmen erlassen werden mussten, war für uns alle sicher nicht einfach. Und es kam da und dort Nervosität auf, weil man einfach schon gesehen hat, dass die Impfqote viel zu tief ist.»

«Es kam Nervosität auf, weil man einfach schon gesehen hat, dass die Impfqote viel zu tief ist.»

denken und auch bereit sein, diese zu revidieren. Das haben wir aber auch im ersten Teil der Pandemie gemacht.

Sie und der Gesundheitsminister gaben Anfang November im Abstand weniger Tage Interviews, in denen Sie sich in gewissen Punkten diametral widersprachen. Und zwischen Bildungsministerium und Gesundheitsministerium wird bezüglich der Schulen die Verantwortung hin und her geschoben. Das geht so weit, dass es sogar in der Zeitung steht. Wie gehen Sie als Regierungschef damit um?

Man muss unterscheiden zwischen der inhaltlichen Abstimmung und den Entscheiden der Regierung einerseits und der Kommunikation andererseits. Bezüglich der gefällten Entscheide gab es meines Erachtens keine offenen Punkte oder Ungereimtheiten. Wir stimmen uns dazu auch nicht nur in den wöchentlich stattfindenden Regierungssitzungen ab, sondern regelmässig zwischendurch. Dass es in einer so angespannten Zeit aber da und dort zu einer anderen Auslegung oder Interpretation kommen kann und man dann nochmals nachschärfen muss, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zusam-

menarbeit sehr gut ist. Es wird mit grossem gemeinsamen Einsatz daran gearbeitet, die wichtigen Entscheide und Themen zu erledigen. Man darf ja auch in der Pandemiebewältigung und der Kommunikation nicht vergessen, dass wir eine sehr schlanke Verwaltung haben, von uns aber das gleiche erwartet wird - und auch erwartet werden darf - wie in grösseren Staaten.

Mitte November ging es Ihnen mit den Booster-Impfungen zu langsam voran. Und das endete damit, dass Sie als Regierungschef über die Medien scheinbar Druck auf das Gesundheitsministerium ausübten. Inhaltlich mag die Forderung nach mehr Tempo berechtigt gewesen sein. Aber der Kommunikationskanal hat mich irritiert. In Liechtenstein kennen wir es eigentlich nicht, dass sich Regierungmitglieder via Zeitung Ansagen machen.

Diese Interpretation teile ich so nicht. Es war mir wichtig, in meiner Aussage darauf hinzuweisen, dass ich in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsminister bin. Zu diesem Zeitpunkt hat man gesehen, dass in den anderen Ländern - insbesondere in der Schweiz - das Booster-Tempo deutlich angezogen wurde. Ich wusste, dass das bei uns auch möglich ist, und darüber waren wir uns in der Regierung einig. Unglücklich war vielleicht die Schlagzeile in der Zeitung, «der Re-

gierungschef drückt aufs Gas». Mir wäre lieber gewesen, wenn da «die Regierung drückt aufs Gas» gestanden hätte. Wichtig ist, dass es nun auch wirklich funktioniert, und da hat das Gesundheitsministerium alle Hebel in Bewegung gesetzt.

Tatsächlich wurde das ausgegebene Ziel, «Booster für alle bis Weihnachten», erreicht, und Liechtenstein könnte bald Booster-Europameister sein. Die Hoffnung ist, dass uns das durch diese und die anstehende Omikron-Welle bringt. Wenn Sie jetzt auf 2022 blicken, was glauben Sie: Wie sehr und wie lange wird uns die Pandemie im kommenden Jahr beschäftigen?

Ich denke, Corona wird uns als Land sicher noch das ganze Jahr 2022 und wohl bis ins Jahr 2023 hinein beschäftigen. Aber ich bin Optimist und glaube deshalb, dass uns die Pandemie in unserer persönlichen Freiheit nicht mehr so sehr einschränken wird. Die grosse Hoffnung ist, dass die Omikron-Variante weniger schwere Krankheitsverläufe verursacht. Wenn sie dann im Sommer stark zirkuliert, würde uns dies nicht mehr so sehr belasten. Ich denke daher, dass die Krise bis im Sommer zumindest im gesundheitlichen Bereich weitgehend überstanden ist. Aber wir wissen noch sehr wenig über Omikron. Auch wirtschaftlich erwarte ich zumindest im lokalen Handel ebenfalls eine rasche Erholung. International wird Corona sich in der Wirtschaft aber sicher noch deutlich länger bemerkbar machen. Und in der Bildung ist es eigentlich relativ simpel: Sobald hier die Massnahmen aufgehoben werden können, herrscht rasch wieder Normalbetrieb.

«Ich denke, Corona wird uns als Land noch das ganze Jahr 2022 und wohl bis ins Jahr 2023 hinein beschäftigen.»

Da lässt sich für mich heraushören, dass Sie davon ausgehen, dass Liechtenstein um die Impfpflicht herumkommt. Ich hoffe es.

Aber?

Es ist schwierig Vorhersagen zu treffen. Wir wollen keine Impfpflicht. Genauso wie wir nicht wollen, dass Kinder Masken tragen müssen und genauso wie wir 2G nicht wollen. Aber manchmal werden Dinge, die man nicht will, eben doch notwendig. Und ich kann nicht voraussagen, wie es bei der Impfpflicht sein wird. Die Regierung hat vorsorglich rechtliche Vorabklärungen in die Wege geleitet, weil wir einfach gewappnet sein wollen, sollte es dazu kommen. Klar ist, dass es eine gesetzliche Grundlage brauchen wird. Ich denke nicht, dass eine solche derzeit im Landtag mehrheitsfähig ist. Und ich weiss auch nicht, ob eine Impfpflicht in der Regierung eine Mehrheit finden würde. Aber es sind eben oft auch die Entwicklungen um uns herum, die massgebend sind. Wenn auf europäischer Ebene eine Impfpflicht eingeführt werden sollte, werden wir nicht gallsches Dorf spielen.

Lassen Sie uns Corona jetzt noch kurz vergessen. Ich habe vorhin gesagt, dass Sie als Regierungschef weniger die emotionalen Themen bearbeiten müssen. Das könnte sich aber bald ändern. Im Herbst haben Sie angekündigt, dass Sie endlich die Trennung von Kirche und Staat vortreiben wollen. Wie gross dürfen die Erwartungen hier sein?

Hier herrschte lange Stillstand. Wir haben die Gespräche nun wieder aufgenommen. Es wird aber sicher nicht bereits im nächsten Jahr eine Lösung geben. Ich gehe jedoch durchaus davon aus, dass wir noch

in dieser Legislatur - also in den nächsten zwei bis drei Jahren - ein paar Schritte weiter sein werden. Das heisst, dass dann auch konkrete Szenarien auf dem Tisch liegen.

Bereits im kommenden Jahr wird Ihnen das Thema Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden auf den Tisch gelegt. Hier bringt die FBP eine Motion in den Landtag. Es handelt sich zwar nicht um eine Gesamtrevision. Aber die steuerliche Benachteiligung der Gemeinden Balzers, Eschen, Mauren und Rugell soll aufgehoben werden. Was halten Sie davon?

Zunächst muss ich festhalten, dass das Finanzausgleichssystem gut ist. Es gibt bei uns kein armes Dorf, das aufgrund fehlender Steuereinnahmen in Notlage ist. Sowohl das Land als auch alle elf Gemeinden verfügen über Reserven. Die Neuregelung des Finanzausgleichs ist also nicht so dringlich, wie sie manchmal dargestellt wird. Wir wollen das

aber angehen in dem Sinne, dass ein gutes System noch besser gemacht werden soll. Was die FBP-Motion gemäss deren Überschrift beabsichtigt, ist bereits heute möglich. Die genannten Gemeinden können die Steuersätze für ihre Einwohner bereits jetzt eigenständig senken. Wenn wir jetzt hingehen und den Gemeinden einen einheitlichen Steuersatz vorschreiben, berauben wir sie auch ein Stückweit ihrer Autonomie. Klar, die Steuerautonomie wird bei uns nicht so gelebt wie in der Schweiz. Dort weiss jeder Bürger, wenn ein Gemeindefaal gebaut wird, dann werden wohl auch die Steuern erhöht. Das ist bei uns nicht der Fall. Die Steuern ändern sich auch nicht, wenn substanzielle Investitionen getätigt werden müssen. Auch das zeigt, dass es Land und Gemeinden finanziell gut dastehen.

Aber einer Totalrevision des Finanzausgleichs stünde die Umsetzung der FBP-Motion nicht im Wege. Wie gesagt, ich denke, dass das ausgegebene Ziel der Motion nicht tatsächlich mit dem Inhalt übereinstimmt. Vielleicht ist das Anliegen eher etwas, was mit einem Postulat besser abgedeckt wäre. Dann kann die Regierung Wege aufzeigen. Wir warten jetzt aber erst einmal die Debatte im Landtag ab, dann wissen wir konkret, was zu tun ist.

Zum Schluss noch eine Frage zum Regierungsprogramm. Darin ist so oft das Wort Nachhaltigkeit bemüht, dass Sie von der Freien Liste bereits verdächtigt wurden, aus deren Wahlprogramm abgeschrieben zu haben. Machen Sie sich jetzt linke und grüne Themen zu eigen?

In der Forstwirtschaft, wo der Begriff ursprünglich herkommt, heisst Nachhaltigkeit: Man darf nicht mehr Bäume fällen als nachwachsen. Aber Nachhaltigkeit ist nicht grundsätzlich ein grünes oder linkes Thema. Es ist allumfassend, weshalb wir im Regierungsprogramm die vier Themenblöcke soziale, ökonomische, ökologische finanzielle Nachhaltigkeit gewählt haben. Und daher wollen wir auch den Fokus darauf legen. In den Regierungsvorlagen soll künftig immer ein Kapitel zur Nachhaltigkeit enthalten sein. Das heisst bei jedem neuen Gesetz, das wir dem Landtag zum Beschluss vorlegen, werden wir aufzeigen, inwiefern dieses den UNO-Nachhaltigkeitszielen (SDG) gerecht wird. So ist nämlich auch das Parlament gefordert, sich damit auseinanderzusetzen. Und ich glaube es wird kaum eine Vorlage geben, die nicht zu mindestens einem SDG beiträgt.

«Die Neuregelung des Finanzausgleichs ist nicht so dringlich, wie sie manchmal dargestellt wird.»